

Antrag Nr. 24-O-08-0017

Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Parkraumüberwachung (LINKE)

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Ortsbeirat Bierstadt ersucht den Magistrat um Übermittlung der umgesetzten Parkraumüberwachungsmaßnahmen durch das Amt 34 im ersten Quartal 2024. Hierbei wird mit Nachdruck um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

An wie vielen Tagen fanden Parkraumüberwachungsmaßnahmen im hiesigen Ortsbezirk statt?

Wie viel Personal ist vor Ort eingesetzt gewesen, wie viele Arbeitsstunden wurden erbracht?

Wie viele Ordnungswidrigkeitenanzeigen wurden gefertigt?

In welcher Höhe wurden Bußgelder verhängt?

Wie viele Fahrzeuge wurden abgeschleppt?

Der Ortsbeirat Bierstadt ersucht den Magistrat darüber hinaus, diesem Gremium eine jährliche Dokumentation zukommen zu lassen.

Begründung:

Dem Ortsbeirat Bierstadt ist bewusst, dass die Beschäftigten des Amtes 34 hoch spezialisiert sind und eine Vielzahl von Aufgabengebieten abdecken müssen. Jedoch werden an das hiesige Gremium fortwährend erhebliche Beschwerden über verkehrswidriges Beparken des öffentlichen Raums herangetragen, häufig mit der Folge der Behinderung und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer. In vielen Fällen ist darüber hinaus die unverzügliche Durchfahrt von Einsatzfahrzeugen im Einsatzfall nicht mehr gewährleistet.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Ortsbezirks beschweren sich zudem fortwährend über einen quasi nicht vorhandenen Kontroll- und Sanktionsdruck, eine flächendeckende Parkraumüberwachung findet faktisch nicht statt.

Die Mitglieder des Ortsbeirats schließen sich den allgemeinen Beschwerden an und erhoffen sich durch die Beantwortung der o.g. Fragen eine transparente und nachvollziehbare Darstellung der Arbeit im Bereich der Parkraumüberwachung.

Hierdurch lässt sich auch die Wertigkeit der Parkraumüberwachung gegenüber den anderen Einsatzbereichen des Amtes 34 einordnen und beziffern.

Wir sind der Auffassung, dass eine Präsenz und ein Kontrolldruck im Bereich des rechtswidrigen Parkens eine Kernaufgabe der Stadtpolizei ist und von den Bürger*innen vor Ort eingefordert werden darf.

Antrag Nr. 24-O-08-0017
Fraktion DIE LINKE

Wiesbaden, 16.04.2024